

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 138-4 vom 23. November 2016**

## **Rede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller,**

zum Haushaltsgesetz 2017  
vor dem Deutschen Bundestag  
am 23. November 2016 in Berlin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

So viel Wertschätzung für unsere Politik und Aufmerksamkeit gab es selten. Es wurde gesagt: Seit 2013 ist der Haushalt unseres Ministeriums von 6,3 Milliarden Euro auf 8,5 Milliarden Euro gestiegen. Die Steigerungsrate ist historisch. Gegenüber 2005, dem Beginn der Kanzlerschaft von Frau Dr. Merkel, haben wir eine Verdoppelung dieses Etats. Meine Damen und Herren, Herr Keckeritz, wenn wir so weitermachen, dann erreichen wir spätestens 2018 die 0,7 Prozent, und ich habe den Ehrgeiz, dies als Minister umzusetzen.

– „Da machen wir mit“, sagen meine Freunde und Freundinnen von der Koalition, von SPD und Union. Ich danke Ihnen allen, den Haushalts- und Fachpolitikern; denn nur mit Ihrer Unterstützung konnten wir diese Entwicklung einleiten.

Aber ich danke auch der Bundeskanzlerin und unserem Bundesfinanzminister. Wenn Sie heute früh die Rede der Bundeskanzlerin gehört haben, dann wissen Sie: Sie hat als Erstes auf die große Herausforderung der Entwicklungspolitik hingewiesen, auf die Notwendigkeiten da, und auf die große Herausforderung Afrika. Damit im Zusammen-

hang muss man natürlich die Steigerung des Etats sehen. Es sind große Herausforderungen, auf die wir wirksam reagieren müssen, und dazu gehören viele, Herr Schäfer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte auch unsere Durchführungsorganisationen mit einbeziehen. Es sind Tausende, 14.000, 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der GIZ, in der KfW, aber natürlich auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium – wir leisten dies fast ohne Personalaufwuchs; ein bisschen Aufwuchs gibt es schon; das ist eine enorme Belastung – und ebenso meine Staatssekretäre, die kräftig mitarbeiten: Herr Kitschelt, Thomas Silberhorn und Joachim Fuchtel. Erfolg gibt es nur im Team.

Die Herausforderungen sind gewaltig, aber zu bewältigen. Eine Herausforderung ist die Bevölkerungsentwicklung. Im Jahr 2050 werden fast zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Die Anzahl der Menschen auf dem afrikanischen Kontinent wird sich bereits bis 2035/40 verdoppeln – verdoppeln! Alle diese Menschen brauchen täglich Nahrung, Wasser, Energie.

Herr Kekeritz, eine weitere große Herausforderung ist der Klimaschutz. Klimaschutz ist eine Überlebensfrage für die Menschheit. Wir gehen voran, beispielhaft in Marrakesch. Unser Ministerium ist der Klimafinanzierer. Wir haben in Marrakesch eine beispielhafte neue Initiative gestartet. Mit jetzt 42 Partnerländern bringen wir gemeinsame Programme zur Umsetzung des Pariser Vertrages auf den Weg. Das ist wirklich ein großartiger Ansatz.

Bei den großen Herausforderungen nenne ich natürlich auch die Weltkrisen und die Flüchtlingslage. Das können wir in der ganzen Breite jetzt gar nicht besprechen. Es gibt nicht nur die dramatischen Situationen in und um Syrien. Auch Jemen und den Südsudan, um einige andere Krisenregionen zu nennen, wollen wir nicht vergessen. 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht. 90 Prozent der Menschen, die auf der Flucht sind, finden Unterkunft, Hilfe und Unterstützung in Entwicklungsländern – bei den Ärmsten! Das muss man auch unserer Bevölkerung sagen.

Dramatisch ist die Lage – wir wollen das heute schon auch erwähnen, nachdem die letzten Tage wiederum ein Versuch gescheitert ist und es wiederum Bomben gehagelt

hat in Aleppo – für die Menschen in Aleppo. Das letzte Krankenhaus wurde jetzt zerstört. Das letzte Krankenhaus! Russische und Assad-Truppen werfen Bomben auf Krankenhäuser. Das humanitäre Völkerrecht wird hier mit Füßen getreten. Das ist dramatisch.

Wir können auch etwas tun, und wir tun etwas. Es ist sicherlich wenig, aber wir tun etwas, zum Beispiel über Cross-Border-Maßnahmen. Ich war in Gaziantep, und ich habe dort mutige Männer und Frauen getroffen, die zwischen den Bomben über die Frontlinien hinweg medizinische Ausrüstung transportieren und im Untergrund von Aleppo Erstversorgung von Kindern leisten. Wir und damit die deutsche Bevölkerung unterstützen diese Menschen in Syrien im Augenblick mit Steuergeld in Höhe von 70 Millionen Euro. Ich weiß, das ist zu wenig; aber wir lassen die Menschen nicht alleine.

Wir haben die Mittel für Maßnahmen in der Krisenregion in und um Syrien in den letzten zwei Jahren verdreifacht. Das ist dringend notwendig. Um die Krisenregionen zu stabilisieren, schaffen wir Bleibeperspektiven vor Ort. Im Libanon sind 1,2 Millionen Flüchtlinge; das Land hat etwa die Größe von Hessen. Eine Million Flüchtlinge in Deutschland bei einer Bevölkerung von 80 Millionen – 1,2 Millionen Flüchtlinge im Libanon bei einer Bevölkerung von vier Millionen. Man muss sich einmal vorstellen, welche Situation dort herrscht. Die Menschen liegen auf dem Acker, stehen der Bevölkerung in den Kommunen eins zu eins gegenüber, in den Schulen kommen auf 1.000 libanesische Kinder 1.000 Flüchtlingskinder. Ähnlich ist die Situation in Jordanien, im Irak und in der Türkei. Der wirksamste Beitrag, um den Menschen dort zu helfen, ist, ihnen vor Ort zu helfen, Hilfe zu leisten ganz nah bei den Menschen vor Ort. Und das tun wir.

Wie dringend notwendig das ist, sehen Sie alleine schon an den vielen Kindern. Dank Ihrer Beschlüsse können jetzt mit unserem Geld eine Million Kinder in Syrien und in den Nachbarländern beschult werden. Ich konnte in Gaziantep in der Türkei ein Programm starten, durch das wir 8.000 geflüchtete syrische Lehrerinnen und Lehrer in der Türkei so geschult haben, dass sie jetzt über 100.000 syrische Flüchtlingskinder in der Türkei beschulen können. Wir verhindern damit, dass es eine verlorene Generation gibt.

Einer der Kollegen hat unser Programm „Cash for Work“ angesprochen. Im Übrigen könnte man das auch in Deutschland umsetzen, zum Beispiel in Berlin. Wir geben den Menschen im Libanon und in Jordanien Geld, damit sie selber mit der Schaufel – ich war vor Ort – ihre Orte wieder aufbauen. Menschen bauen ihre Dörfer wieder auf. 50.000 Menschen kommen so wieder in Arbeit. Dieses Programm können wir jetzt ausbauen, und wir werden es ausbauen; denn es gibt ja auch positive Nachrichten, zum Beispiel aus dem Irak, wo 70, 80 Prozent der vom IS terrorisierten Gebiete wieder befreit sind. Auch dafür Dank an unsere Bundeswehr, an die Peschmerga, an viele, die dort vor Ort arbeiten.

In die befreiten Gebiete konnten, auch mit unseren Geldern, bereits 130.000 Menschen wieder zurückgeführt werden. Ich sage Ihnen und auch der deutschen Öffentlichkeit: Wenn ich in diesen Regionen unterwegs bin, erfahre ich, dass die Menschen, die aus Syrien in den Libanon oder nach Jordanien geflohen sind, die dort zum Teil seit fünf Jahren in Ziegenställen oder Garagen untergebracht sind, notdürftigst überleben, trotz allem vor Ort bleiben und dort überleben wollen. Sie wollen, dass ihre Kinder vor Ort Schulen besuchen, und wollen, sobald die Dörfer befreit sind, schnellstmöglich wieder zurück in ihre Heimat. Sie wollen nicht nach Deutschland. Sie wollen nur dann nach Deutschland, wenn es überhaupt keine andere Chance mehr gibt, weil wir ihnen die Nahrungsmittel vorenthalten und die Welternährungsprogramme streichen. So etwas darf nie mehr passieren.

Wir haben jetzt zusammen mit dem Bundesinnenminister ein neues Rückkehrerprogramm entwickelt – dieses Programm ist so neu, dass ich es heute zum ersten Mal kurz vorstelle –, das sich nicht an Rückkehrer aus dem Libanon nach Syrien oder Jordanien richtet, sondern an Rückkehrer, die sich hier in Deutschland aufhalten. Es geht also um eine freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen von hier in befreite oder befriedete Gebiete in ihren Heimatregionen und -ländern. Wir wollen aus Menschen ohne Bleibeperspektive in Deutschland Menschen mit Zukunftsperspektive in ihrer Heimat machen.

Ich habe mein Heimatdorf Kempten-Durach vor Augen. Dort sind sowohl Senegalesen als auch Eritreer untergebracht. Sie werden großartig betreut. Das Problem ist aber –

darüber müssen wir uns auch mit Arbeits- und Sozialpolitikern und anderen unterhalten –: Die Eritreer bekommen Integrationskurse, Sprachkurse, Arbeit und Geld. Die Senegalesen bekommen das nicht. Sie sitzen seit zwei Jahren auf der Bank und schauen in die Luft. Sie dürfen nicht arbeiten und bekommen weder einen Sprachkurs noch einen Integrationskurs. Man sagt, sie würden aufs Verfahren warten. Sie sind registriert und warten seit zwei Jahren auf die Entscheidung im Verfahren. Die Zwischenzeit ist nicht nur öde, sondern auch deprimierend.

Diesen Menschen können und müssen wir – damit haben wir auch Erfolg, glaube ich – eine Perspektive bieten, freiwillig in den Senegal zurückzugehen. Sie dürfen aber dort nicht als Loser ankommen, also nicht als Verlierer in ihren Dörfern dastehen. Deshalb werden sie mit einem Gutschein kommen, mit einem Voucher, mit einem Angebot, mit dem wir sie dort in Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme im Handwerk vor Ort integrieren.

Nachdem ich die europäische Ebene in den letzten zwei Jahren doch heftig gefordert und auch kritisiert habe, Herr Kollege Schäfer, freue ich mich sehr darüber, dass sich die Europäische Union nun in die richtige Richtung bewegt. Es sind auch Mittel gefunden worden. Die von mir immer wieder geforderten zehn Milliarden Euro sind fast zusammengekommen. Daran sieht man: Es geht, wenn man entsprechend Druck ausübt und Vorschläge macht.

Das will ich positiv hervorheben. Die EU hat jetzt Migrationspartnerschaften auf den Weg gebracht, in deren Rahmen wir gerne kooperieren. Die Zusammenarbeit mit Mali und Niger ist erst der Anfang. Man kann und muss in der gemeinsamen Kooperation noch mehr tun.

Diese großen Herausforderungen waren und bleiben auch einer meiner Schwerpunkte. Denn alle diese Krisen und Kriege, auch in Syrien, haben Ursachen: Hunger, Elend, Not und Ungerechtigkeit.

Eine Welt ohne Hunger ist aber möglich. Wir haben seit 2014 in Afrika und Asien 14 grüne Innovations- und Demonstrationsbetriebe aufgebaut. Selbst Herr Kekeritz, mein

in Wertach im grünen Allgäu gebürtiger Kollege, bezeichnet das als eine gute Initiative. Wir werden diese Zentren zu Ausbildungs- und Technologiezentren weiterentwickeln.

Ich habe noch viele Ideen und Impulse. Dafür brauchen wir Partner. Wir werden noch stärker und noch wirksamer, wenn wir Partner an unserer Seite haben. Deshalb setzen wir auf die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft.

Mein herzlicher Dank gilt Tausenden von Ehrenamtlichen, von Freiwilligen in den Organisationen, aber auch Privatinitiativen. Ein herzlicher Dank geht auch an die Kirchen. Sie alle leisten einen hervorragenden Dienst und sind humanitäre Botschafter im Auftrage Deutschlands.

Ich möchte aber auch – das ist ganz wichtig – die Kommunen als Projektpartner gewinnen. Wir haben ein neues Programm für Kommunalpartnerschaften – weg von der Rotweinpartnerschaft hin zur Entwicklungs- und Krisenpartnerschaft mit Ländern der Entwicklungszusammenarbeit. Kommunen können alles, was wir dort in Sachen Infrastruktur brauchen: Abfallbeseitigung, Krankenhäuser, Schulen. Dieses Programm läuft ebenso wie das Programm für Klinikpartnerschaften positiv an. Wir bringen Wirtschaft und Entwicklung zusammen. Mit der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung haben wir eine neue Anlaufstelle geschaffen; denn nur mit stärkerem Engagement der Privatwirtschaft werden wir die großen Herausforderungen bewältigen.

Bei Gründung des Bündnisses für nachhaltige Textilien vor zwei Jahren hatten wir 30 Mitglieder. Jetzt haben wir 190 Mitglieder und decken damit 55 Prozent des deutschen Textileinzelhandelsmarktes ab. Dieses Beispiel steht für die *dritte* Komponente: öffentliches Geld und private Investitionen. Den größten Erfolg aber erzielen wir durch fairen Handel, Wertschöpfung vor Ort. Globalisierung gerecht gestalten ist moderne Entwicklungspolitik.

Frau Präsidentin, Afrika braucht 20 Millionen Jobs für junge Menschen – jedes Jahr. Deshalb ist Afrika die große Herausforderung der Zukunft, unser Partnerkontinent. Deshalb brauchen wir einen Zukunftsvertrag. Ich arbeite an Eckpunkten für einen Marshallplan für Afrika, den ich in den nächsten Wochen mit Ihnen zusammen entwickeln werde. Es gibt nicht den einen Plan, das eine Dokument für einen Kontinent,

aber wir werden einen Anstoß geben, und zwar morgen mit den afrikanischen Botschaftern. Ich lade aber auch die Politik, die Wissenschaft und die Wirtschaft ein, sich an diesem Dialog zu beteiligen. Wir werden Afrika auch bei der Europäischen Union und bei G20 zum Schwerpunkt machen. Die Kanzlerin hat dies heute angesprochen. Ziele des Marshallplanes für Afrika – wenn Sie mir noch 40 Sekunden geben – sind: mehr private Investitionen, mehr Entwicklung durch fairen Handel – ich habe mir heute EPAs bei einer Besprechung ganz genau angeschaut, Frau Hänsel –, mehr Wertschöpfung in Afrika, weniger Ausbeutung von Mensch und Natur, mehr unternehmerische Entfaltung.

Hier knüpfen wir an die Afrika-Strategie 2063 der Afrikanischen Union an. Die Afrikaner fordern und fördern, sie dort abzuholen, wo sie sich selber sehen. Dafür steht mein Ministerium. Wir sind das Afrika-Ministerium. Auch unsere Zukunft wird sich in Afrika entscheiden. Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Das Wohl Afrikas liegt im Interesse Deutschlands. Entwicklungspolitik ist Investition in die Zukunft und den Frieden.

Vielen herzlichen Dank für den Rückenwind und die Unterstützung aus dem ganzen Haus, die ich in den vergangenen drei Jahren bekam.

\* \* \* \* \*